Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,–, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW.48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 301. [48. Jahrgang.] Mittwoch den 23. Dezember 1908. [48. Jahrgang.] Nr. 301.

Abonnements-Einladung.

Auf dem Gebiete der inneren und der auswärtigen Politik stehen

Fragen von hervorragendster Bedeutung

zur Erörterung und Entscheidung. Schon der kurze Abschnitt der Tagung unserer Volksvertretungen, der hinter uns liegt, hat eine Fülle wichtigster Probleme in das helle Licht parlamentarischer Erörterungen gestellt; noch viele Monate wird der Kampf der Meinungen ausgefochten werden, bis er zum Austrag gelangt.

Tag für Tag sind in großer Zahl Meldungen und Mitteilungen über internationale Vorgänge zu verzeichnen, durch die die Beziehungen der großen Mächte und der kleineren Staaten zueinander mehr oder minder lebhaft berührt werden.

Wenn je, so bedarf in so bewegten Zeiten jedermann, sofern er an öffentlichen Angelegenheiten teilnimmt, eines zuverlässigen Führers, der nicht durch sensationell zugestutztes wertloses Blendwerk verwirrt, sondern, auf beste Informationen und Sachkenntnis gestützt, dem Leser die Möglichkeit bietet, sich auf Grund gut gesichteten Materials selbst ein Urteil zu bilden.

Als einen solchen Führer darf sich die

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

empfehlen. Sie unterrichtet am zuverlässigsten über die Ereignisse der auswärtigen Politik, sie berichtet rasch, gewissenhaft und erschöpfend über alle wissenswerten Geschehnisse auf dem Gebiete der inneren Politik, über wirtschaftliche und soziale Vorgänge, über Marine- und Kolonialangelegenheiten sowie namentlich über militärische Fragen.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung steht außerhalb jeder Partei, hält sich völlig unbeeinflußt von jedwedem Fraktionsgeiste und verfolgt keine anderen als nationale Interessen.

Besonders sei die Aufmerksamkeit auf unseren Parlamentsbericht gelenkt, der ein vollkommen objektives Bild von dem Verlauf der Verhandlungen gibt.

Auch dem Handelsteil wird unablässige Aufmerksamkeit gewidmet. Neben den täglichen Mitteilungen über alle wichtigeren Vorgänge auf dem Gebiete der Börse und des Handels werden wöchentliche Uebersichten veröffentlicht, die die leitenden Gesichtspunkte für die Beurteilung der wirtschaftlichen Gesamtlage zusammenfassen. Ueber die Börsenvorgänge im Auslande werden die Leser ebenfalls fortlaufend unterrichtet.

Der unterhaltende Teil des Blattes unterrichtet eingehend über die Vorgänge auf den Gebieten der Wissenschaft, Literatur, Kunst, Theater, Musik und Technik. Außerdem bietet er mannigfaltige Plaudereien über die ernsten und heiteren Erscheinungen des Lebens. Sorgfältig ausgesuchte Romane und Novellen deutscher und ausländischer Verfasser ergänzen den reichen Inhalt dieses Teiles des Blattes.

Die

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

erscheint zum Preise von

4 Mark vierteljährlich

in einer großen einmaligen Ausgabe des Abends, die in der parlamentarischen Zeit durch eine Morgenausgabe mit den ausführlichen Parlamentsberichten ergänzt wird. Am Sonntag morgen wird regelmäßig eine Nummer ausgegeben.

Berlin, den 22. Dezember.

Rundschau im Auslande.

Deutschland und die Vereinigten Staaten.

Wie aus New York telegraphiert wird, gab der deutsche Botschafter Graf Bernstorff bei seiner Ankunft amerikanischen Pressevertretern gegenüber Erklärungen ab, die in Uebersetzung folgendermaßen lauten:

Dank dem Vertrauen des Kaisers und der Kaiserlichen Regierung bin ich mit der schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe beauftragt, die Nachfolge des Freiherrn Speck v. Sternburg anzutreten, der mein Vaterland so gut in Amerika vertreten hat und zugleich das Glück hatte, das Vertrauen der Regierung und des Volkes der Vereinigten Staaten zu gewinnen. Nicht ohne Bedenken kann ich als Nachfolger des Frhrn. v. Sternburg die von ihm erfolgreich getane Arbeit übernehmen. Obwohl ich daher mit einem gewissen Zögern ans Werk gehe, so empfinde ich doch das außerordentliche Vertrauen, das mir bewiesen worden ist, und ich sehe einen klaren Weg vor mir infolge der freundlichen Gesinnungen, die zwischen unseren Regierungen und Völkern bestehen. Ich habe den innigen Wunsch, diese freundlichen Beziehungen zu fördern, und ich weiß keinen anderen Weg dazu, als Offenheit und vollkommene Aufrichtigkeit. Solange ich in Washington bin, wird es hinsichtlich unserer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten kein Geheimnis über die deutschen Absichten geben. Ich brauche nicht zu sagen, daß ich mit dem größten Vergnügen und Interesse das Land betrete. Mein Aufenthalt in Amerika wird mir die Gelegenheit bieten, den erstaunlichen Fortschritt des amerikanischen Volkes in jedem Zweige des öffentlichen Lebens genau zu verfolgen, einen Fortschritt, der die Bewunderung der ganzen Welt auf sich zieht. Man ist in Deutschland überzeugt davon, daß Regierung und Volk der Vereinigten Staaten sich ihr eigenes, sachliches und unvoreingenommenes Urteil über die europäischen Vorgänge bilden, und wir können uns solchem Urteil wohl anvertrauen. So können sich erfreulicherweise die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland vermöge gemeinsamer Ideale und des fair play auf dem politischen Gebiet entwickeln. Mir ist die Aufgabe gestellt, dafür zu sorgen, daß dies so bleiben möge; auf Grund meiner Instruktionen und meines eigenen guten Willens hoffe ich, sie zu erfüllen. Das neue Postabkommen, fügte der Botschafter hinzu, ist in Deutschland mit großer Genugtuung begrüßt worden. und wir hoffen, daß es zur Verstärkung des freundschaftlichen Verkehrs zwischen den beiden Völkern dienen wird.

Italien und Oesterreich-Ungarn.

Im italienischen Senat stand am Montag die Interpellation der Senatoren Tassi und Vischi zur Beratung, welche zu wissen wünschten, was die Regierung anläßlich der letzten Ereignisse in Wien zu tun gedenke.

Tassi erklärte, weder die auswärtige Politik noch den Dreibund bekämpfen zu wollen, aber er müsse sich mit Vorkommnissen wie denen an der Wiener Universität befassen, die in Italien einen so schmerzlichen Widerhall gefunden hätten. Er verzichte darauf, sie wiederzugeben, da ihr Andenken noch lebendig sei, aber er behaupte, die Regierung müsse sich darum kümmern, schon im Interesse des Dreibundes, der der politischen Notwendigkeit entsprochen habe und noch entspreche, und ein Unterpfand der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Landes sei. Im Vertrauen auf die Regierung hoffe er mit Bestimmtheit, daß sie die Gefühle der Patrioten beruhigen werde.

Vischi erklärte, der wahre Grund für die Erregung der öffentlichen Meinung in Italien wegen der Vorgänge in Wien sei das gesamte Verhalten einer verbündeten Macht gegenüber Italien, das seit langem gegenüber Oesterreich-Ungarn eine schonende Haltung eingenommen habe. (Ministerpräsident Giolitti ruft dazwischen: Italien hat immer eine würdige Haltung eingenommen und den Dreibund stets als ein Band angesehen, das den Kontrahenten vollkommene Gleichberechtigung gewährt) Vischi erwiderte darauf, daß die vornehme und würdige Haltung des Ministerpräsidenten bekannt sei. Er zweifle nicht, daß seine patriotische Politik fortgesetzt werden würde, und daß Italien gerade, weil es den Frieden wünsche, für Heer und Marine Sorge tragen werde.

Pierantoni erklärte, daß man zwischen einer Gebiets- und einer Sprachenfrage unterscheiden müsse. Die österreichische Regierung müsse eine italienische Universität bewilligen. Er wünsche in dieser Frage die Vermittlung der deutschen Regierung.

Der Minister des Auswärtigen Tittoni erklärte, daß er, wie in der Kammer, über die Frage einer italienischen Universität in Oesterreich sich auch hier kurz fassen wolle. Wenn es der Regierung möglich gewesen sei, in dieser Frage irgend welche Tätigkeit zu entfalten, so sei dies im Grunde dem Bestehen des Dreibundes zu danken, ohne das jedes auch nur rein vertrauliche, nicht offizielle Vorgehen unmöglich gewesen wäre. Ohne den Dreibund würde es kein Mittel für Italien gegeben haben, seine Stimme anders zu Gehör zu bringen, als durch die Gewalt, von der indessen zu sprechen keine Veranlassung vorliege, da alle Redner in der gegenwärtigen Debatte sich mit der Regierung eins gezeigt hätten in dem festen Willen, eine Politik des Friedens zu verfolgen. Auf dieser Grundlage und besonders, weil der Bündnisvertrag es den beiden Regierungen zur Pflicht macht, alle Faktoren in Betracht zu ziehen, die in irgend welcher Weise auf das Bündnis Einfluß haben können, konnte und mußte die italienische Regierung ein halbamtliches freundschaftliches Vorgehen bezüglich der Frage einer italienischen Universität beobachten und sie fand bei der verbündeten Macht hierzu das beste Entgegenkommen. Es kam in den Erklärungen der österreichischen Regierung zum Ausdruck, sowie in den Kundgebungen der maßgebenden Zeitungen und der österreichischen den verschiedenen Nationalitäten angehörenden Politiker. Damit diese entgegenkommende Haltung ihren Ausdruck finden kann, ist es notwendig, daß das österreichische Parlament sich mit dieser Angelegenheit befaßt. Daraus geht hervor, daß es nicht angebracht wäre, wenn ich meinen bereits gemachten Ausführungen noch etwas hinzufügen würde. Denn weitere Erklärungen könnten in den Händen der Feinde der italienischen Nationalität zu Waffen gegen uns werden. Unsere Gegner könnten die Tatsachen entstellen und von Pressionen oder Zumutungen von außen her sprechen, die in Wirklichkeit niemals ausgeübt worden sind und niemals ausgeübt werden könnten. In Erwiderung auf die Ausführungen Tassis hob Tittoni hervor, das vor einiger Zeit veröffentlichte Grünbuch, auf das Tassi angespielt habe, zeige, wie tätig und wirksam das Vorgehen der italienischen Regierung im Orient während der ersten Periode der Balkanfrage gewesen sei. Gute Beziehungen zu England seien in dieser ersten Periode für Italien ebenso nützlich gewesen, wie in der zweiten das Einvernehmen mit Rußland nützlich sein werde. Das besage keineswegs, daß die italienische Regierung ihr Vorgehen gegen die österreichisch-ungarische Politik gerichtet habe; sie wolle lediglich die italienischen Interessen im Orient gegen jeden, wer es auch sei, sicher stellen. „In dieser Beziehung“, fuhr der Minister fort, „gibt es nichts, was mit dem Dreibund in Widerspruch steht, dem wir treu sind und bleiben. Diese Politik dient dazu, zu beweisen, daß Italien, treu seinen Bündnissen, dennoch seine Handlungsfreiheit bei der Wahrung seiner nationalen Interessen mit der größten Unabhängigkeit und Würde zur Geltung bringen kann. Unsere Politik ist eine Politik des Friedens in Ehren, und sie wird es bleiben, wenn das Parlament uns seine Unterstützung nicht versagt.“ (Lebhafter Beifall.)

Tassi und Vischi erklärten sich darauf für zufriedengestellt. Damit war die Interpellation erledigt.

Das englische Parlament

hat sich am 21. d. M. bis zum 16. Februar vertagt.

Die Thronrede, mit der die Vertagung erfolgte, gibt der Freude über den Besuch des Präsidenten Fallières und des Königs und der Königin von Schweden Ausdruck. Die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten seien andauernd freundschaftlich. Im abgelaufenen Jahre sind, heißt es weiter, mit fremden Regierungen verschiedene Uebereinkommen geschlossen, welche durch Beseitigung von Streitpunkten der Befestigung des Friedens dienen, darunter das Abkommen über die Aufrechterhaltung des territorialen Status quo in den Grenzgebieten der Nordsee. Neuerdings haben sich gewisse Ereignisse vollzogen, die dazu angetan sind, die durch den Berliner Vertrag auf dem Balkan getroffene Regelung zu stören, aber es ist mit Recht zu hoffen, daß durch weise und versöhnliche Verhandlungen eine friedliche Beilegung unter Zustimmung der Vertragsmächte erreicht wird. Ebenso darf man hoffen, daß die Konferenz der hauptsächlichsten Seemächte, die zurzeit in London tagt, durch eine gemeinsame Vereinbarung dazu gelangt, über die verschiedenen mit der Seekriegsführung in Zusammenhang stehenden Fragen Regeln aufzustellen und zu formulieren, die allgemeine Billigung finden. Tief bedaure ich, daß die innere Ruhe einiger Teile Indiens durch die Verschörung übelgesinnter Leute gegen das Leben meiner Offiziere und gegen die Fortdauer der britischen Herrschaft gestört worden ist. Diese Vorgänge, die eine Ausnahmegesetzgebung notwendig gemacht haben, haben anderseits auch in allen Teilen Indiens Kundgebungen der Treue zur Folge gehabt. Die Regierung hat es deshalb gerechtfertigt gefunden, Maßnahmen zu betreiben, durch die der Anteil der indischen Bevölkerung an der Verwaltung des Landes vergrößert werden soll. Die Flotte ist auf einem hohen Grade der Leistungsfähigkeit erhalten worden, und ein stetiger Fortschritt wird nach wie vor bei der Reorganisation der Heeresstreitkräfte erzielt. Der König gibt sodann seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß bei dem Streite über die Schankkonzessions- und die Unterrichtsbill keine Einigung habe erzielt werden können, trotzdem der Erwägung der beiden Gesetzentwürfe Zeit und Arbeit gewidmet worden sei.

Ferner wird aus London, den 21., gemeldet: Der König hat eine Kommission ernannt, welche die teils bereits angenommenen, teils erst vorgeschlagenen Entwürfe betreffend völlige Sicherung des repräsentativen Charakters der vom Volke erwählten Körperschaften prüfen soll.

Der Kanzler der Schatzkammer Lloyd-George sagte in einer Rede in Liverpool über die Verwerfung liberaler Maßregeln durch die Lords, Lord Lansdowne hätte sich eine Herrschaft angemaßt, die seit den Tagen Karls I. nicht beansprucht worden wäre. Die Not des Landes mache es zu einer gebieterischen Notwendigkeit, daß der Streit mit den Lords zur Entscheidung gebracht werde. Lloyd-George verteidigte dann eingehend das Freihandelssystem und sagte, anstatt das Brot der Armen zu besteuern, wollten die Liberalen ohne Belästigung der Industrie Steuern erheben. Sie möchten etwas tun, um das Land in die Gewalt des Volkes zu bringen. Die Hülfsquellen des Landes wären durch das alte Feudalsystem zugefroren; er sehne sich nach dem Frühling, wenn es taue, und das Volk die Erbschaft antrete.

Zu den Orientfragen.

Konstantinopel, 21. Dezember. (Wiener Telegr.-Korresp.-Bureau.) Die Boykottbewegung gegen die aus Oesterreich-Ungarn kommenden Waren nimmt, namentlich in der Hafenstadt Avlona (Wilajet Janina) an Schärfe zu. Die dortigen Lokalbehörden haben gegenüber der von dem Boykottsyndikat aufgehetzten Bevölkerung die Autorität verloren. Da die Führer der Bewegung die Menge zu bewegen suchen, die Ausschiffung der nächsten Post zu verhindern und die für die Konsulatsbeamten ankommenden Postsendungen zu öffnen, werden Zusammenstöße befürchtet. Die österreichisch-ungarische Botschaft hat heute neuerdings bei der Pforte Schritte wegen dieser Boykottbewegung unternommen.

* * *

Belgrad, 21. Dezember. Die Skupschtina ist heute wieder zusammengetreten. Nachdem vom Präsidenten ein Begrüßungstelegramm der montenegrinischen Skupschtina mitgeteilt worden war, legte der Kriegsminister dem Hause einen Gesetzentwurf vor, durch den ein außerordentlicher Kredit von 10500000 Fr. gefordert wird. Beratung und Entscheidung über diesen Gesetzentwurf sollen in geheimer Sitzung erfolgen.

In der französischen Deputiertenkammer

wurde am Montag die Diskussion über die Vermehrung der Artillerie fortgesetzt. Abigard befürwortete den Ankauf von Lastautomobilen, um die Beschaffung von neuer Munition für die Geschütze zu erleichtern. — Massabuau forderte eine Neueinteilung der Batterieen, mit der bei den Armeekorps südlich der Loire begonnen werden solle. — Jaurès erklärte, es sei verständig und klug, die Zahl der Geschütze zu vermehren, er befürwortete aber die Batterie zu sechs Geschützen, die weniger kostspielig und eher geeignet sei, die Ebenbürtigkeit mit der deutschen Artillerie zu gewährleisten. Am Schlusse seiner Rede protestierte Jaurès im Namen des Proletariats gegen die unsinnigen Rüstungen, die alle Völker Europas dem Untergange entgegenführten. Redner wünschte, ohne von Frankreich die Abrüstung zu fordern, was das Land fremden Eroberungsgelüsten preisgeben würde, daß Frankreich allen Völkern ein internationales Uebereinkommen vorschlüge; er werde bei der Besprechung der Kredite für Marokko auf diese Frage zurückkommen. Nachdem der Vorsitzende der Heereskommission, Berteaux, sich für die Batterie zu vier Geschützen ausgesprochen hatte, wurde die Sitzung auf heute (Dienstag) vertagt.

Anthropologische Gesellschaft.

II. In der Sitzung der Anthropologischen Gesellschaft am 19. d. M. machte der Vorsitzende Prof. von den Steinen die Mitteilung, daß die Witwe des vor kurzem verstorbenen Frhrn. W. v. Landau durch Zahlung von 300 ℳ die weitere Fortführung des Namens ihres Gatten in der Liste der Gesellschaftsmitglieder gesichert habe. Die Gesellschaft hat den Direktor des Nordischen Museums und Freiluft-Museums in Skansen Dr. Salie zum korrespondierenden Mitglied ernannt. Von den Reisenden der Gesellschaft ist Dr. F. Krause, der in Aragua eine reiche ethnographische Sammlung zusammengebracht hat, auf der Heimreise begriffen, Herr Richard Neuhaus hat am 22. Oktober aus Friedrich-Wilhelms-Hafen auf Neuguinea einen Gruß gesendet. Aus dem Verwaltungsbericht für 1908, den der Vorsitzende sodann erstattete, sei hervorgehoben, daß die Gesellschaft zurzeit 6 Ehren-, 117 korrespondierende und 574 ordentliche Mitglieder zählt; darunter befinden sich 2 Damen als Ehren- und 17 als ordentliche Mitglieder. Nach dem vom Schatzmeister Herrn Soekeland vorgetragenen Kassenbericht beträgt das Vermögen der Gesellschaft 59200 ℳ nominell. — Prof. Dr. Hans Virchow erstattete sodann den Bericht über die Tätigkeit der Rudolf-Virchow-Stiftung i. J. 1908, über die wir unseren Lesern ständig berichtet haben. Neuerdings sind von Herrn Leo Frobenius, der sich anfangs August in Timbuktu aufhielt, Nachrichten eingelaufen, die bis zum 27. Oktober reichen. Er ist mit den Ergebnissen seiner Arbeit sehr zufrieden. Er hatte schon 2100 Blätter Text niedergeschrieben, eine große Zahl von Oelstudien, photographischen Aufnahmen und ethnographischer Gegenstände waren gesammelt. In Felshöhlen mit Gräbern wurden 250 Schädel gesammelt. Um diese für die Sammlung der Gesellschaft zu sichern, wurden der Expedition von der Virchow-Stiftung neuerdings 5000 ℳ bewilligt. Herr Weißenberg hat auf seiner Reise in Syrien, Palästina, Aegypten Schädeluntersuchungen vorgenommen. Bei seiner Suche nach dem Schädel der alten Juden hat er große Unterschiede bei den Stämmen gefunden, bei denen die Urform vermutet wurde. Zur Erforschung neolithischer und archäologischer Fundplätze in Rumänien an der unteren Donau, die Dr. Robert Schmidt unternehmen will, wurden 5000 ℳ bewilligt. — Bei der Wahl des Vorstandes für 1909 wurde auf Vorschlag des Prof. v. Hansemann der Vorstand einstimmig wiedergewählt. — Prof. von den Steinen machte sodann Mitteilung davon, daß hier eine Gesellschaft für Vorgeschichte in Gründung begriffen sei; um Prof. Kossina haben sich schon etwa 90 Mitglieder dazu zusammengeschlossen. Der Aufruf zum Beitritt, der erlassen worden ist, spricht, wie Prof. von den Steinen erklärte, von den bisherigen Leistungen der Berliner Gelehrten auf diesem Gebiete in einem Tone, der zu der Annahme führt, daß viele der Herren, deren Name unter dem Aufruf steht, wohl seinen Inhalt nicht gekannt haben. Bereits haben dies drei Geologen ausdrücklich erklärt. — Ueber den Plan des Königlichen Museums für Völkerkunde, gemeinsam mit der Gesellschaft eine Zeitschrift für Vorgeschichte herauszugeben, berichten wir an anderer Stelle. — Die in wissenschaftlichen Kreisen großes Aufsehen erregenden Mitteilungen des Direktors des Pariser naturhistorischen Museums Perrier über den Schädelfund in Chapelle aux Saints bei Corrèze haben Prof. von den Steinen bewogen, von Perrier nähere Angaben über den Fund zu erbitten. Dieser hat die Anfrage an Prof. Marcelin Boule, in dessen Auftrag er die Mitteilung gemacht hatte, übergeben. Prof. Boule hat nun geantwortet, daß der Schädel alle charakteristischen Züge des Neandertal-Schädels und des von Spy bietet; er hat aber den Vorzug, ziemlich vollständig in Bezug auf Gesichts- und Unterkieferknochen zu sein. Das Gesicht hat eine schnauzenförmige Entwicklung. Der Kopf erscheint sehr groß in Bezug zum Körper, der 160 Zentim. Länge nicht überschreiten dürfte.

Als erster Vortragender des Abends sprach Prof. v. Hansemann über die Ursache für die Asymmetrie der Gelenkfortsätze am Schädel. Es sind das die beiden Fortsätze zu beiden Seiten des Hinterhauptloches, mit denen der Schädel auf dem obersten Wirbel aufruht. Bei Betrachtung einer größeren Zahl von Schädeln fällt es auf, daß bei manchen beide Gelenkfortsätze einander gleich, bei anderen aber sehr verschieden von einander sind. Und zwar ergab eine Feststellung an 400 von Prof. Waldeyer aus dem anatomischen Institut zur Verfügung gestellten Schädeln, daß von 200 europäischen (Berliner) Schädeln 183 asymmetrische, 17 symmetrische Gelenkfortsätze hatten. Bei 200 außereuropäischen Schädeln (Rassenschädeln) drehte sich aber das Verhältnis nahezu um; da standen 44 Schädeln mit asymmetrischen 156 Schädel mit symmetrischen Fortsätzen gegenüber. Dieser auffallende Unterschied zwischen den Berliner und den Rassenschädeln erfordert eine Erklärung. Prof. v. Hansemann glaubt als Hauptursache dafür die schiefe Haltung des Kopfes beim Lesen und Schreiben der meisten Kulturmenschen annehmen zu sollen. Die Beteiligung an der Besprechung des Vortrages zeigte, daß dieser reiche Anregungen gebracht hatte. Es wurde darauf hingewiesen, daß sich die Asymmetrie auch bei Tieren finde, daß sie von der Haltung des Kopfes beim Schlafen herrühren könne, auf die Ungleichheit der Augen zurückzuführen sei, schon in den ersten Entwicklungsstadien vorkomme. Diesen Einwänden gegenüber wies Prof. v. Hansemann darauf hin, daß dadurch der Unterschied in der Häufigkeit des Vorkommens bei den Berliner und den Rassenschädeln nicht erklärt werde, und die größeren Differenzierungen erst im 6. oder 7. Lebensjahre aufzutreten beginnen. — Als zweiter Redner berichtete Herr Ad. Fischer-Kiel über seine Erfahrungen auf dem Gebiete der Kunst und sonstige Beobachtungen in Ostasien. Wir haben schon vor einigen Monaten berichtet, daß der Vortragende durch 3 Jahre im Auftrage der Regierung Ostasien bereist hat, um Material zum Studium der dortigen alten Kunst zu sammeln oder doch festzustellen, und daß es ihm u. a. gelungen ist, dort ungemein wertvolle Erwerbungen für unsere Sammlungen zu machen. An den Bericht von damals knüpfte nun Herr Fischer wieder an. In Lichtbildern zeigte er seinen Hörern eine lange Reihe von alten Kunstwerken, die er in Japan, Korea und China kennen gelernt hat. Der uns zur Verfügung stehende Raum macht es unmöglich, auf ihre Aufzählung einzugehen. Viele der Bilder gaben lehrreiche Einblicke in die Natur der betreffenden Länder, in die Eigenart der alten Kunstwerke und die Schwierigkeiten, welche der Reisende bei seiner Forscherfahrt zu überwinden hatte. — Zum Schluß sprach Herr Lehmann-Nitsche über einen menschlichen Atlas (ersten Halswirbel), der in Südamerika in der Pampa-Formation gefunden wurde und dessen Stellung zu analogen Funden aus gleicher Zeit nun Gegenstand der Erörterungen ist.

Verein Herold.

In der Sitzung vom 16. Dezember wies der Vorsitzende, Generalleutnant v. Bardeleben, hin auf Abhandlungen des Mitgliedes Karl Stichler in Zürich, welche gewissen geschichtlichen, namentlich kunstgeschichtlichen Falschmeldungen mit löblicher Energie zu Leibe gehen. Wir geben kurz das Folgende: Der Präsident des Geheimen Rats für die Niederlande unter Kaiser Karl V. und Philipp II., der Friesländer Wigle von Aytta, ließ einst von dem Meister Antonio Morio sein Bildnis malen. Nach diesem war er ein wohlbeleibter Herr mit weißem Bocks- und Schnurrbart. Das Bildnis dieses der reformierten Kirche so feindselig gesinnten Mannes gelangte in die Galleria degli Uffizi zu Florenz und wurde dort katalogisiert als „Ulrich Zwingli, gemalt von Holbein“. Schon vor 30 Jahren schrieb der bekannte Reiseschriftsteller Dr. Gsell-Fels: „ist weder ein Zwingli noch ein Holbein.“ Aber die Proteste der schweizerischen Presse blieben lange wirkungslos. Noch 1897 mußte Dr. Gerold Meyer v. Knonau dagegen protestieren, daß der falsche Zwingli in das deutsche Geschichtswerk von Oncken aufgenommen werde. Nun trat auch in Florenz eine Berichtigung des Katalogs ein. Trotzdem erscheint in den Prospekten, welche 1908 der Verlag eines in England herauskommenden geschichtlichen Prachtwerkes versandte das Bildnis des ultramontanen Geheim-Rats-Präsidenten als „Ulrich Zwingli gemalt von Holbein dem Jüngeren“. Es ist das Nötige geschehen, um im Werke selbst den unverzeihlichen Irrtum zu vermeiden. — Es wird die Sage einer Familie mitgeteilt, nach welcher ein Mitglied derselben vor ungefähr 100 Jahren am Gericht zu Dortmund seinen Adel um 300 Taler versetzt oder verpfändet haben soll. Es wird gefragt, ob dieser Vorgang für wahrscheinlich zu halten ist. Geh. Rat Seyler ist der Meinung, daß der Adel ein verpfändbares Recht sei. Ein Edelmann könne eine Schuld kontrahieren unter der Bedingung, daß er sich bis zur Tilgung derselben der Rechte des Adels zu enthalten habe. Es sei nur sehr unwahrscheinlich, daß sich auf solche Bedingung hin ein Geldgeber finden werde, da der Adel ein Recht ist, welches ein Dritter gar nicht benutzen kann. Es müßte denn sein, daß der Gläubiger ein Interesse daran hat, den Schuldner für eine gewisse Zeit zu entadeln. Kammerherr Dr. Kekule von Stradonitz bemerkte, daß nur das ganz frühe Mittelalter eine Verpfändung der Ehre innerhalb des Instituts der Schuldknechtschaft kannte. Die Verpfändung des Adels sei aber unmöglich für deutsche Verhältnisse vor 100 Jahren. Amtsgerichtsrat Conrad fügte unter vielfacher Zustimmung hinzu, daß es sich vielleicht um eine Verpfändung des Adelsbriefes gehandelt habe. — Kammerherr Dr. Kekule von Stradonitz sprach über die Forderungen, welche die deutschen Stifter hinsichtlich der Stiftsfähigkeit gestellt haben. Er hat darüber gemeinsam mit Pinsker umfassende Erhebungen angestellt. Heute legte er eine Abhandlung vor über das Reichsstift Obermünster zu Regensburg, aus welcher sich ergibt, daß dieses von Inländern 8, von Ausländern 16 Ahnen verlangte. Vorhandene Ahnenproben zeigen, daß z. B. die v. Salis und die v. Neuenstein als Ausländer behandelt worden sind. Der Begriff „Inländer“ war sehr enge und umfaßte im besten Falle die im bayerischen Kreise angesessenen Geschlechter. — Major a. D. Bayer in Gelsenkirchen richtet an den Verein die Anfrage, wie weit die ältesten deutschen Adelsgeschlechter ihren Stammbaum urkundlich zurückführen können. Diejenigen Geschlechter, welche ihrer Abstammung nach dem hohen Adel angehören, also schon im Mittelalter eine herrschende Stellung einnahmen und der Nachwelt ein reicheres Urkundenmaterial hinterlassen haben, können in der Regel ihren Stammbaum bis in das zwölfte Jahrhundert zurückführen. Der blühende niedere Adel kann nur in ganz vereinzelten Fällen bis in diese Zeit zurückgehen, wie z. B. das fränkische, seit Jahrhunderten auch in Preußen begüterte Geschlecht v. Egloffstein, welches berechtigt ist, einen im letzten Viertel des 12. Jahrhunderts urkundlich vorkommenden Herrn de Agilulfi lapide als seinen Stammvater anzusehen. In der Regel beginnen die Urkunden des niederen Adels nicht viel vor Mitte des 13. Jahrhunderts. Es darf jedoch keineswegs als ausgemacht angenommen werden, daß die aufeinander folgenden rittermäßigen Personen, auch wenn sie sich von einem Orte nennen, in einem Filiationsverhältnis zu einander stehen. Wenn z. B. ein Herr v. Steinheim ohne Erben starb, so wurde sein Lehen einem Manne aus anderem Geschlechte verliehen, der sich dann ebenfalls von Steinheim nannte. Einen Anhaltspunkt gewährt dem Familienforscher die übliche Vererbung der Vornamen vom Großvater auf den Enkel, und eine ganz zuverlässige Führung gewährt das Wappen, dieses steht aber in einer großen Zahl von Fällen nicht zur Verfügung, weil die rittermäßigen Leute oft nur als Zeugen in den Urkunden erwähnt werden. Die Herstellung lückenloser Stammtafeln ist auch in den bestgelagerten Fällen eine schwierige, vielfach eine unlösbare Aufgabe. Es wird wohl in der Regel, wenn Personen gleichen Namens gleichzeitig vorkommen, in der Urkunde das Verwandtschaftsverhältnis mehr oder minder bestimmt angegeben (z. B. filius, frater, patruus, patruelis). Der Urkundenvorrat ist aber dürftig, überspringt viele Generationen; der Familienforscher ist auf Vermutung und Wahrscheinlichkeit angewiesen. Nur in dieser Beschränkung kann von einer urkundlichen Zurückführung der Stammtafeln bis in das 13. Jahrhundert gesprochen werden. — Herr Gerhard Wilhelm Ruhmer hat dem Verein mitgeteilt, daß er im Gange seiner seit einem Menschenalter betriebenen Familienforschungen fünf verschiedene Familienwappen aufgefunden habe, welche Mitglieder seines Geschlechts von Wappenfabriken ausgebracht hatten. Zwei derselben liegen vor. In dem einen, bezeichnet „Wappen der Familie Ruhmer, stammt aus